

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Genossinnen und Genossen,

mit der Verabschiedung des Haushaltes 2010 ist es nun gewiss: Angela Merkel hat ihr Versprechen an die Armen und Hungernden in der Welt gebrochen. Immer wieder hatte sie sich öffentlich zum ODA-Stufenplan bekannt, hat zugesagt, in diesem Jahr das 0,51-Prozent-Ziel zu erreichen. Immer wieder hatte sie sich für ihre Zusagen feiern lassen. Deutschland aber hat dieses Ziel mit dem beschlossenen Haushalt deutlich verfehlt, und zum wiederholten Male haben wir erfahren müssen, dass Merkel eine Ankündigungskanzlerin ist - eine Kanzlerin der großen Worte aber nicht der großen Taten.

Nicht zuletzt auf Grund des Drucks von Seiten aller Oppositionsparteien ist im Einzelplan des Bundesentwicklungsministeriums (BMZ) immerhin noch eine Steigerung um 256 Millionen Euro zu verzeichnen. Das ist zwar deutlich weniger als die großen Aufwüchse der letzten Jahre, aber zumindest mehr, als die ursprünglich von Minister Niebel beantragten dürftigen 67 Millionen Euro. Dieser Haushalt ist kein Ruhmesblatt, und die Bundesregierung muss sich schon fragen lassen, ob sie mit ihrer Politik des Wortbruchs nicht dem Ansehen Deutschlands in der Welt auf Dauer schadet. Da nützt es auch nichts, wenn man nach den Haushaltsberatungen bekräftigt, das 0,7-Prozent-Ziel bis 2015 aber unbedingt erreichen zu wollen. Das ist völlig unglaubwürdig, wenn man auf dem Weg dahin sämtliche Zwischenschritte auslässt. Jetzt hätte es gezählt, aber die Regierung hat sich ihrer Verantwortung nicht gestellt.

Für einen Haushalt mit einem klaren Bekenntnis zur weltweiten Armutsbekämpfung hätte es mehr Mut gebraucht. Dass zumindest eine deutliche Annäherung an das 0,51-Prozent-Ziel in diesem Jahr machbar gewesen wäre, haben die Änderungsanträge der SPD gezeigt. In enger Anstimmung mit unseren Haushältern in der Fraktion haben wir eine Erhöhung des BMZ-Etats um 1,2 Milliarden Euro vorgeschlagen – seriös gegenfinanziert. Das alles wurde von den Regierungsfractionen einfach vom Tisch gewischt. Lieber hat man sich am Wortbruch der Kanzlerin mitschuldig gemacht.

Mehr Mut bräuchte es auch für die von Minister Niebel groß angekündigte Reform der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Die Pläne zur Zusammenlegung von GTZ, InWEnt und DED sind allenfalls ein kleines „Reformchen“. Das, was der Minister in der vergangenen Woche präsentiert hat und jetzt als Erfolg feiern will, lässt das eigentliche Grundproblem, nämlich die überholte Aufteilung der deutschen EZ in die großen Blöcke finanzielle Zusammenarbeit (FZ) und technische Zusammenarbeit (TZ), völlig ungelöst. Und mehr noch: Es steht zur befürchten, dass durch den Zusammenschluss der drei TZ-Organisationen der Wille zur notwendigen großen Reform erlahmt und die Struktur von FZ und TZ, die der DAC-Peer-Review der OECD bereits 2005 kritisiert hatte, auf Jahre zementiert wird.

Beeindruckende Berichte über die Lage im Erdbebengebiet von Haiti haben wir im Ausschuss in der letzten Woche gehört. Da sind zum einen die erschütternden Opferzahlen und die Schilderungen der Zerstörungen und des menschlichen Leids, da sind aber auch die hoffnungsvollen Berichte über einen Geist der Solidarität in der haitianischen Bevölkerung. Alle in der Expertenanhörung vertretenen Organisationen haben ihren deutlichen Appell an die Politik gerichtet, nach der Phase der Nothilfe nun an einem nachhaltigen Wiederaufbau mitzuwirken. Hier sollten in der Tat alle Parteien gemeinsam an einem Strang ziehen, damit wir den Menschen in Haiti eine Perspektive für die Zukunft geben können. Dafür braucht es nicht nur deutlich mehr finanzielles Engagement, sondern vor allem ein langfristiges Aufbaukonzept mit einem klaren Akzent auf der Errichtung dezentraler demokratischer Strukturen. Das haben wir auch am letzten Donnerstag in der Debatte zu unserem Antrag im Bundestag deutlich gemacht. Den Antrag hatten wir ja bereits im letzten Newsletter vorgestellt, das Protokoll der Rede kann über den Link im Anhang heruntergeladen werden.

Haiti hat eine Chance, aber Haiti wird noch lange auf Hilfe angewiesen sein. Die große Spendenbereitschaft in Deutschland sollte die Bundesregierung als Signal für einen maßgeblichen deutschen Beitrag am Wiederaufbau sehen. An dieser Stelle möchte ich all jenen danken, die nach dem Beben für Haiti gespendet oder auf andere Weise geholfen haben. Ich habe von etlichen Spendenaktionen gehört, sei es von Schulklassen, Vereinen oder Betrieben. In Deutschland sind so seit der Katastrophe rund 200 Millionen Euro für Haiti zusammenkommen. Danke dafür.

Ihnen allen wünsche ich ein frohes Osterfest.

Ihr



Dr. Sascha Raabe, MdB
entwicklungspolitischer Sprecher
der SPD-Bundestagsfraktion



Pressemitteilungen der Arbeitsgruppe

[Mehr Mittel für langfristigen Wiederaufbau in Haiti notwendig](#)

[Mutloses Reförmchen statt großer Wurf](#)

[Bundesregierung muss Tuberkulose-Bekämpfung stärker unterstützen](#)

[Versprochen, gebrochen – das Motto für den Entwicklungsetat 2010](#)

[Internationaler Frauentag: Frauen stärken – Entwicklung voranbringen](#)

Aus dem Plenum

Rede von Dr. Sascha Raabe, MdB vom 25.03.2010

[Antrag - Zukunft für Haiti - Nachhaltigen Wiederaufbau unterstützen, 17/34, S. 3194 B](#)

[Video](#)

[Antrag, Ds. 17/885](#)

Rede von Dr. Bärbel Kofler, MdB vom 17.03.2010

[HH-Debatte EP 23, 17/30, S. 2805 B](#)

[Video](#)

Rede von Dr. Sascha Raabe, MdB vom 17.03.2010

[HH-Debatte, EP 23, 17/30, S.2816 A](#)

[Video](#)

Rede von Lothar Binding, MdB vom 17.03.2010

[HH-Debatte EP 23, 17/30, S. 2811 B](#)

[Video](#)



SPD-Entwicklungspolitik

SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION

Arbeitsgruppe für wirtschaftliche Zusammenarbeit (AGWZ)

Vorschau

MDG-Antrag

Anhörung Millenniumsentwicklungsziele (MDG) am 16. Juni 2010 im AWZ

Kleine Anfrage zur Entwicklungsfinanzierung und ODA-Quote

Impressum

Herausgeber:

SPD-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

www.spdfraktion.de

Verantwortlich:

Dr. Sascha Raabe, MdB

Redaktion:

Waltraud Schlotter

Erscheint im
E-Mail-Abo

agwz-sekretariat@spdfraktion.de

Newsletter

Nr. 48

März 2010

Seite 3